

# Staat und Recht im Imperialismus

## Bürgerlicher Parlamentarismus in der Krise

Dr. HANS-JOACHIM SEMLER,  
Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen  
beim Staatsrat der DDR

Auf dem Boden fortdauernder, tiefgreifender Krisenprozesse in den imperialistischen Staaten werden selbst bisher als ehern gepriesene Grundwerte bürgerlicher Gesellschaftsgestaltung dort zunehmend und öffentlich in Frage gestellt. Das gilt nicht zuletzt für den bürgerlichen Parlamentarismus, der bislang als das Nonplusultra von Demokratie überhaupt, als das „institutionelle Herzstück der politischen Kultur des Westens“<sup>1</sup> gepriesen wurde.

Immer häufiger erfahren selbst politisch wenig engagierte, durch perfektionierte Meinungsmanipulation desorientierte Bürger in den Ländern des Kapitals aus den Auslassungen von Politikern und Ideologen und vor allem aus den Medien, daß es nicht mehr nur Sandkörner sind, die den Mechanismus der parlamentarischen Institutionen zum Knirschen bringen. Fast täglich wird in unterschiedlichsten Zusammenhängen von einer zunehmenden „Unregelmäßigkeit der westlichen Demokratien“<sup>2</sup>, vom Verfall von Ordnung und Werten, vom Verlust der Leistungsfähigkeit der Parlamente und von der Entmündigung des Bürgers durch den Staat gesprochen, wird die wachsende „Staats- und Parteienverdrossenheit“ der Menschen sowie die Verbeamtung der Parlamente und ihre um sich greifende „Ausblendung“ aus politischen Entscheidungsprozessen durch sog. korporatistische Mechanismen im Zuge eines immer perfektionierteren Zusammenspiels der bürokratischen Exekutive mit den großen Kapitalverbänden beklagt.

„Vor allem ist jedes Mitglied auf Wiederwahl bedacht. Nichts erklärt den Kongreß besser als dieser Wahl-Imperativ“, schreibt Ernest A. Menze, Professor für Politische Wissenschaften (USA). Unter Bezug auf vielfältige, schon äußerlich sichtbare Unzulänglichkeiten des Parlaments der USA kommt er zu dem Ergebnis, daß „der Weiterbestand der Schein weit Washingtons ... notwendig ist zur Überbrückung des sich ständig ausweitenden Gegensatzes zwischen Ideal und Wirklichkeit der amerikanischen Gesellschaft“<sup>3</sup>. Für das Parlament in Italien — dessen politische Landschaft durch mehr als 100 Parteien charakterisiert wird und wo die Amtsdauer einer Regierung über zweieinhalb Jahre als Rekord gilt — wird als typisch angesehen: „Wenn eine Interessengruppe „dran“ war, wird es eben Zeit, daß die nächste sie ablöst.“<sup>4</sup> Die Tätigkeit des britischen Parlaments erstreckt sich — wie bürgerliche Politologen einräumen müssen — im wesentlichen darauf, die Politik der jeweiligen Regierung gutzuheißen.<sup>5</sup> Es wird — ebenso auch hinsichtlich des französischen Parlaments — immer mehr die schon konstitutionell beschränkte Kompetenz zur Kontrolle der Exekutive beklagt und von der „Übermacht der Tendenz zur Bürokratisierung“ sowie vom Auswuchem des „bürokratisch-technokratischen Komplexes“ gesprochen.<sup>6</sup> Ähnliche Verlautbarungen über die „Entmachtung“ und den „Substanzverlust“ der Parlamente sowie eine infolge immer stärkerer „gouvernementaler“ Tendenzen zunehmende „Auszehrung“ der Kompetenzen der kommunalen Körperschaften sind in den Medien kapitalistischer Länder fast täglich zu finden.

Ein für alle kapitalistischen Staaten typisches Merkmal der fortschreitenden Aushöhlung des einst von der Bourgeoisie selbst geschaffenen Nimbus des Parlaments als „Repräsentation des Volks willens“<sup>7</sup> ist der Lobbyismus, durch den sich kapitalistische Interessengruppen maßgeblichen Einfluß auf die Tätigkeit des Parlaments sichern. „Bonn ist von Lobbyisten eingekreist“, heißt es in einem kürzlich in der BRD erschienenen Buch von K. Broichhausen mit dem aufschlußreichen Titel „Knigge und Kniffe für die Lobby in Bonn“. Und selbst die großbürgerliche Zeitung „Die Welt“ vom 23. März 1982 gesteht ein, daß immer häufiger bei Entscheidungen von Bundestag und Exekutive nicht Sachlage und sog. Rechtsstaatlichkeitsprinzipien, sondern die jeweils stärkste Lobby den Ausschlag

gibt. Das Parlament in kapitalistischen Staaten ist also in Wirklichkeit eine „Repräsentation der Lobby“, und es wird in der bürgerlichen Staatsideologie gar kein Hehl daraus gemacht, daß heutzutage eine ständige — vorwiegend durch Bestechung und Erpressung bewirkte — Beeinflussung der Abgeordneten, Fraktionen und Ausschüsse über eigens dazu tätige und offiziell bei den Parlamentsverwaltungen registrierte Beauftragte der konkurrierenden Monopolverbände zum „normalen“ Bestandteil des Agierens der Parlamente gehört.

Als ebenso „normal“ gilt es in vielen westlichen Ländern, daß über sog. Beiräte bei der zentralen Exekutive die Konzerne, Industrieverbände und Großbanken ihre „Wünsche“ zur Gesetzgebung geltend machen.<sup>8</sup> Dabei handelt es sich nur um die sichtbare Spitze eines Eisbergs, eines sich unterhalb der Öffentlichkeitsschwelle vollziehenden Prozesses der immer unmittelbaren Beherrschung des Staates durch die jeweils stärksten Monopolgruppen, besonders die des militärisch-industriellen Komplexes.

Mit diesen Verhältnissen hängt es sicherlich auch zusammen, daß Tagungen der Parlamente in kapitalistischen Staaten oft vor fast leeren Bänken stattfinden. Beispielsweise waren zur letzten der je Legislaturperiode einmal durchgeführten sog. Kommunaldebatten im BRD-Bundestag von den mehr als 500 Abgeordneten ganze 30 anwesend, und kürzlich wurde eine Fragestunde unter Anwesenheit von 4 (!) Abgeordneten einschließlich des Bundestagspräsidenten „erledigt“. Im britischen Unterhaus, das man in der kapitalistischen Welt oft als „Mutter der Parlamente“ preist, begegnet man solchem — offensichtlich gewitzt durch „Erfahrungen“ — von vornherein dadurch, daß es im Sitzungssaal weniger Sitzplätze gibt, als das Parlament Mitglieder hat.

Ansichts solcher und anderer immer mehr auch in der Öffentlichkeit sicht- und spürbaren Zeichen für den rapiden Kursverfall des Parlamentarismus wird in bezug auf den BRD-Bundestag in der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ vom 18. März 1982 sarkastisch festgestellt: „Man kann nach Abraham Lincoln einige Leute für alle Zeiten und alle Leute für einige Zeiten täuschen, aber nicht alle Leute für alle Zeiten, auch nicht über die Rolle des Bundestages.“

Nimmt man nur das, was Politiker und Ideologen der Bourgeoisie heutzutage selbst über die Gebrechen des bürgerlich-parlamentarischen Systems, seine Institutionen und Träger verlautbaren, so wird offensichtlich: Die dem bürgerlichen Parlamentarismus einst zugrunde gelegte Fiktion, wonach die angeblich gleichberechtigten pluralistischen Individual- und Gruppeninteressen durch den „neutralen“ und damit „über den Klassen“ stehenden Staat primär mittels des aus Wahlen hervorgegangenen Parlaments und der dort nach bestimmten Spielregeln agierenden politischen Parteien ausgleichbar seien, wird immer mehr von den Realitäten der krisengeschüttelten Welt des Kapitals zerbeutelt. Wo hat es bisher schon eines der bürgerlichen Parlamente vermocht, den Interessen der Werktätigen Rechnung tragende echte Alternativen zu den sich immer kurzzeitiger wiederholenden und in ihren sozialen Auswirkungen immer schwerwiegenderen Krisen anzubieten?

Allein schon das immer häufigere öffentliche Aussprechen jener Krankheitssymptome des bürgerlich-parlamentarischen Systems, die nicht mehr zu vertuschen sind, widerspiegelt neben den wachsenden Problemen der Herrschenden unzweifelhaft auch ein verbreitetes gesellschaftliches Unbehagen über jene desolaten Verhältnisse. Insbesondere letzteres bewirkt, daß die Glaubwürdigkeit und gesellschaftliche Integrationsfähigkeit der bürgerlichen Parlamente in den Augen vieler Menschen immer mehr ebenso abnimmt, wie das Trugbild vom angeblich unabhängigen, Wählerwillen vertretenden Parlamentarier immer weniger verfangt. Zu diesem Ergebnis gelangten in jüngster Zeit in mehreren kapitalistischen Ländern durchgeführte Meinungsumfragen über die Bereitschaft der Bürger zur Verteidigung der bestehenden politischen Ordnung und ihrer Institutionen.

Ein derartiges Absinken des öffentlichen Ansehens bürgerlich-parlamentarischer Institutionen birgt zunehmende „Gefahren“ und „Risiken“ für die Bourgeoisie in sich. Denn die objektive Funktion des bürgerlichen Parlamenta-